



Herrsching ein halbes Jahr ohne Blitzer

Ein kleiner Augenblick zum Staunen: Bei der Vorstellung der Polizeistatistik 2025 in Herrsching gab es eine überraschende Information. Zwischen dem 1. Januar und dem 1. Juni 2026 herrscht in der Seegemeinde ein bürokratisch bedingtes Blitzerverbot.

Der Dritte Bürgermeister Wolfgang Schneider erwähnte bei der Pressekonferenz auf Nachfrage, dass die Gemeinde Herrsching noch keine Erlaubnis erhalten habe, dem Zweckverband Kommunale Dienste Oberland beizutreten. Dieser Verband ist seit Januar damit beauftragt, die Geschwindigkeitsvorgaben zu überwachen. Der Auftrag muss jedoch von der Regierung von Oberbayern genehmigt werden. Das Okay sei inzwischen aber unterwegs, teilte Bürgermeister Schiller mit. Er rechnet damit, dass der Zweckverband ab dem 1. Juni auch in Herrsching den fließenden Verkehr kontrollieren darf.

Als der ebenfalls anwesende Bürgermeister von Seefeld, Klaus Kögel, von dieser bürokratischen Sonderschleife hörte, schlug er die Hände vors Gesicht.

Kleine technische Ergänzung: Auch die Polizei Herrsching und die Brucker Polizei führen gelegentlich in Herrsching Kontrollen durch, die aber mutmaßlich eher selten vorkommen. Die Polizeiinspektion verwendet aber für die Speedkontrollen Laserpistolen, blitzt also nicht. Deshalb sind diese Kontrollen personalintensiv.

Wie berichtet, hatte die Kommunale Verkehrsüberwachung Germering den Vertrag mit der Gemeinde Herrsching zum 31. Dezember 2025 gekündigt, weil sich der Auftrag nicht lohne. Ob die Autofahrer in Herrsching kaum noch Temposünden begehen oder ob die Kontrollen zu ineffektiv waren, wurde nicht bekannt. Die „Kommunale Verkehrsüberwachung“ stand jedenfalls nur 50 bis 60 Mal im Jahr am Straßenrand. Deshalb nahm der Germeringer Tempo-TÜV im Auftrag der Gemeinde Herrsching immer weniger Geld ein.

Das Fahrverhalten der Autofahrer hat sich offenkundig deutlich verändert – gegenläufig zu den immer leistungsstärkeren Fahrzeugen. Viele Fahrer gehen vorsichtiger mit dem Gaspedal um: Im vergangenen Jahr wurden nur 2,5 Prozent der kontrollierten Fahrzeuge bei Geschwindigkeitsmessungen beanstandet. Wie die Gemeinde Herrsching mitteilte, passierten 22.999 Vier- und Zweiräder einen Radarstrahl oder eine Lichtschranke.

Für den neuen Dienstleister, den Oberländer Verband (Bilanzsumme: 12 Millionen Euro), scheint sich der Auftrag zu lohnen: Er überwacht mit 25 eigenen Mitarbeitern, 20 Messfahrzeugen und 20 Blitzanhängern fast

3000 Messstellen in Oberbayern. Ein perfekter Deal für die Gemeinde: Sie muss nur den „Safe“ für die Bußgelder öffnen, alles andere übernehmen die Bad Tölzer – messen, blitzten und kassieren.

Herrschinger Autofahrer müssen aber ab Juni nicht gleich in Panik geraten oder einen Radarwarner kaufen: Da der Verband 3000 Messstellen in 164 Städten und Gemeinden betreut, kommt er vermutlich eher selten am See vorbei. Immerhin kann die Gemeinde Herrsching gemeinsam mit der Polizei die Blitzerstandorte selbst bestimmen.

Neben den mobilen Blitzern (Anschaffungskosten etwa 250.000 Euro) werden in den Gemeinden auch Radar-Anhänger immer häufiger eingesetzt. Diese können beliebig lange am Straßenrand stehen und bilden eine Art „ambulantes Fotostudio“. Sie sind zwar nicht günstiger als ein Fahrzeugblitzer und zudem dem Vandalismus ausgesetzt (Zweckverbandsschef Bursic: „Die Anhänger wurden schon gesprengt, umgeworfen oder blind gemalt“). Dafür benötigen sie kein Personal vor Ort und können unauffällig platziert werden.

Ein Beispiel aus der Nachbargemeinde: In Inning steht eine solche Anlage in einem Wiesengrundstück am Straßenrand – und alle Autofahrer passieren das „Auge des Gesetzes“ mit Tempo 30.

Die Kontrollen haben also auch eine verkehrserzieherische Wirkung. Der Chef des Zweckverbandes, Benjamin Bursic, berichtete im vergangenen Jahr im Gemeinderat von einer Untersuchung aus Gauting. 2013 gab es dort fünf „Gefahrenpunkte mit häufigen und hohen Geschwindigkeitsüberschreitungen“. Elf Jahre später weist die Statistik keinen einzigen Hotspot mehr auf, an dem das Tempolimit regelmäßig überschritten wird.

Das ist gut für die Verkehrssicherheit, aber schlecht für die Gemeindekasse. Schließlich muss die Gemeinde für die Dienstleistung des Zweckverbandes 140 Euro pro Stunde bezahlen. Und wo kein Sünder ist, gibt es keine Buße – und damit auch keine Einnahmen.

Der Zweckverband Oberland ist jedoch, das ist die gute Nachricht für Mitgliedsgemeinden und Autofahrer, „nicht gewinnorientiert“. Wenn die „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zu viel Geld einnimmt, gibt sie die Überschüsse in Form reduzierter Gebühren an die Gemeinden zurück.

Category

1. Aufmacher

Date

30/04/2026

Date Created

30/04/2026